

Positiver Impuls für unsere KMU

Mit der Stempelsteuer entzieht der Bund Start-ups und krisengebeutelten KMU wichtiges Eigenkapital zur Sicherung des Unternehmens und von Arbeitsplätzen.

Von Giorgio Behr*



Die Politik – von links bis rechts – fordert die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, fördert den Schritt in die Selbstständigkeit und warnt vor Verschuldung. Doch nimmt jemand das Risiko auf sich und stärkt mit seinem Eigenkapital ein Unternehmen, wird er vom Staat bestraft. Dieser verlangt nämlich 1 Prozent des dem Unternehmen zur Verfügung gestellten Geldes. Auf den ersten Blick mag 1 Prozent wenig sein – doch gerade Start-ups benötigen in den ersten Jahren viel Kapital für Forschung und Entwicklung. Aufgrund der hohen Unsicherheit erhalten sie kaum Bankkredite. Für ihr Wachstum sind sie auf Eigenkapital von Privaten angewiesen. Rasch sind das mehrere Millionen. Und ebenso rasch ist die «Strafabgabe» so hoch wie der Jahreslohn für einen jungen Forscher. Die Belastung durch die Emissionsabgabe schwächt somit den Innovationsstandort Schweiz.

Jedes Jahr sind gut 2200 Firmen von der Stempelsteuer betroffen, 80 bis 90 Prozent davon sind KMU. Es existiert zwar ein Freibetrag von einer Million Franken, dieser gilt jedoch nur einmalig über den gesamten Lebenszyklus einer Firma. Selbst in kleineren Firmen ist der Betrag also schnell ausgeschöpft. In vielen Firmen hat die Covid-Krise die Notreserven aufgezehrt. Sie sind

auf Eigenmittel privater Investoren angewiesen, doch genau hier greift die Stempelsteuer. Es ist absurd: Der Staat predigt die Stärkung der Wirtschaft, belastet aber die erwünschte Rekapitalisierung, die auf Kosten und Risiko von Privaten erfolgt, mit einer Abgabe. Ein weiterer negativer Aspekt der Stempelsteuer: Sie fördert die Verschuldung. Denn bei Aufnahme von Fremdkapital ist keine Abgabe geschuldet. Das ist volkswirtschaftlich kontraproduktiv.

Laut Bundesrat und Parlament gehört die Stempelsteuer abgeschafft. Erfolg versprechende Start-ups und KMU, welche nach der Corona-Krise ihr Eigenkapital aufstocken, sollen nicht unnötig besteuert werden. Die Allergie gegenüber allem, was nach «Steuerreduktion» klingt, darf hier nicht obsiegen. Die Stempelsteuer wird zwar als «Steuer» bezeichnet, aber sie ist eine Gebühr, der keine Leistung des Staates gegenübersteht. Eine Zwangsabgabe, die den von links bis rechts geforderten Zielen einer sozialverträglichen Wirtschaft sowie der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen widerspricht. Ein Ja zur Abschaffung der Stempelsteuer führt zur dringend notwendigen Stärkung des Unternehmens.

* **Giorgio Behr** ist Unternehmer aus Schaffhausen